

Wartenberg droht die Handlungsunfähigkeit

**Neues Gewerbe, Steuererhöhungen & Co. :
Wie der Markt seinen Etat konsolidieren will**

VON MARKUS SCHWARZKUGLER

Wartenberg - Die x-te Haushaltsberatung im Wartenberger Marktrat ist am Donnerstag fast schon in einen Thriller ausgeartet. Zu Gast war ein Finanzexperte, der das Rathaus drei Monate lang dabei unterstützt hat, den Haushalt irgendwie genehmigungsfähig zu bekommen, allerdings nicht nur für heuer, sondern auch für die nächsten Jahre. Der Gemeinde drohe, so machte er deutlich, die Handlungsunfähigkeit. Bei der Haushaltskonsolidierung geht es nicht ohne höhere Steuern und Kita-Gebühren.

„Es bleibt uns nichts anderes übrig. Spaß macht es uns nicht, den Bürgern mehr Geld zu nehmen“, sagte Bürgermeister Christian Pröbst (CSU). „Gas, Personalkosten, Umlagen. Ois steigt, steigt, steigt“, meinte er. Und vom Staat werde man im Stich gelassen.

Dann übernahm mit Raymund Helfrich von der Bayerischen Akademie für Verwaltungsmanagement der Mann das Wort, der im vergangenen Vierteljahr Bürgermeister, Kämmerin Tanja Göbl & Co. als Berater zur Seite stand, um irgendwie noch das Loch von 1,5 Millionen Euro im Verwaltungshaushalt zu stopfen. Der Experte aus Würth stellte die schwierige Lage schonungslos dar. Sein Fazit: „Ohne erhebliche und auf Dauer angelegte Konsolidierungsmaßnahmen kann der Markt die rechtlichen Anforderungen an seinen Haushalt wirtschaftlich in Zukunft nicht erfüllen und nicht mehr im erforderlichen Maß investieren.“ Der Markt habe keine Rücklagen mehr, sein Investitionsvolumen in den kommenden zehn Jahren sei mit 60 Millionen Euro aber erheblich, und das alles bei einer „durchschnittlichen Einnahmenstruktur“ und steigenden Zinsen.

Alle Bereiche seien geprüft worden, nun habe man die Einnahmen gegenüber dem ersten Haushaltsentwurf um 1,5 Millionen Euro erhöht, die Ausgaben um knapp 740 000 Euro reduziert.

Doch dafür muss man eben auch an den Geldbeutel der Bürger. Die Hebesätze für die Grundsteuern A und B (für 2022 noch auf 340 Prozent erhöht) und für die Gewerbesteuer (2022: 350 Prozent) steigen auf je 450 Prozent. Im Finanzausschuss war ursprünglich sogar von 650 Prozent für die beiden Grundsteuern die Rede gewesen.

Außerdem steigen die Gebühren für das Haus für Kinder und die Mittagsbetreuung zum 1. September um 23 Prozent und in den beiden Folgejahren jeweils um weitere 17 Prozent. Die kommunalen Essenszuschüsse für Grundschule und Mittagsbetreuung sind gestrichen. Das Sitzungsgeld der Markträte wird von 35 auf 15 Euro gesenkt. Und man spart sich künftig die Leitung des Medienzentrums (wir berichteten), die Gebühren dort werden verdoppelt. Ulla Zehntner hat gekündigt, wandert beruflich nach München ab. Eigentlich habe man doch mal beschlossen, dass es eine kompetente Führung brauche, kritisierte Heike Kronseder (FWG).

Michael Paulini (SPD) sprach vom „Kettensäge anlegen“: Man „geht auf das Medienzentrum und die Familien los. Muss das sein?“ Der Markt nutze diese Mehreinnahmen für die Tilgung seiner Schulden. Dem widersprach Pröbst vehement: „Wir nehmen das Geld nicht her, um zu tilgen, sondern um beispielsweise das Mittagessen zu bezahlen.“ Josef Sedlmaier (CSU) nannte Paulinis Worte „populistisch“.

In den kommenden Jahren sieht Helfrich einen jährlichen Konsolidierungsbedarf von je 250 000 Euro, „obwohl der Haushalt bereits auf ein Minimum reduziert ist“. Ohne neue Kredite werde es nicht gehen. Laut Helfrich liegt der Schuldenstand zum Jahresende bei rund neun Millionen Euro, 2031 um die zwölf Millionen. Ihm zufolge vertretbare Summen. Auch für die Zukunft brauche man als Gemeinde finanzielle Spielräume, das Ganze sei eine „gemeinsame und dauerhafte Anstrengung“. Das betonte auch Pröbst. Alle sechs Fraktionen hätten sich intensiv Gedanken gemacht.

Helfrich sagte: „Wartenberg ist nicht alleine. Selbst die Stadt Erding hat massiv Steuern erhöhen müssen, auch Lengdorf.“ Den Menschen müsse bewusst werden, „dass das Geld nicht im Rathaus gedruckt wird“.

Isabell Haindl (CSU), die das Pfarrkinderhaus leitet, berichtete, dass in Härtefällen finanzschwachen Eltern durchaus Mittagessen oder Gebühren bezahlt würden.

Es ist nicht so, dass die Marktgemeinde nun alle Löcher mit Geld der Bürger stopfen will. Bei den Investitionen wird etwa die Prioritätenliste nochmals angepackt. Rathausumbau, Friedhofsmauer oder neue Turnhalle – solche Dinge werden geschoben oder sind laut Pröbst ohnehin nicht drin.

Geld generieren möchte man auch durch mehr Gewerbesteuerereinnahmen: durch die Erweiterung des Gewerbegebiets Thenn. Nun wird der Flächennutzungsplan für ein 13 Hektar großes Sondergebiet für die Ansiedlung zweier größerer Unternehmen dort geändert, deren Namen noch nicht öffentlich sind. Den Aufstellungsbeschluss hat der Rat gefasst. Für laufende Einnahmen will man bei der Grundstücksvergabe in Kleinfeld West und am Ärztehaus auch auf Erbpacht setzen (ausführlicher Bericht folgt). Beschlossen werden soll der Etat im Mai.